Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 117 (2023)
Heft: 1-2

Artikel: Grenzenloser Kapitalismus und planetare Grenzen
Autor: Brand, Ulrich
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1041674

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Grenzenloser Kapitalismus und planetare Grenzen

Ulrich Brand

Bei der Ausbeutung der Natur kennt der Kapitalismus keine Grenzen. Nationalstaatliche Grenzen hingegen ebnet er nicht ein. Zentral bleibt stets die Orientierung am Profit – das gilt auch für einen grünen Kapitalismus. Was gesellschaftspolitisch erstritten werden muss, ist ein grundlegender Umbau der Wirtschaft, der es ermöglicht, die planetaren Grenzen einzuhalten.

Natürliche Ressourcen und Energie sind nicht grenzenlos verfügbar. Veränderungsprozesse im Kapitalismus gehen aber historisch genau davon aus. Das bleibt auch heute für die dominanten wirtschaftlichen und politischen Akteur*innen in den Ländern des Globalen Nordens weiterhin selbstverständlich: Sie sichern sich mit entsprechender Kaufkraft über den Weltmarkt die materiellen und energetischen Inputs für eine Wirtschaft, die auf permanente Expansion ausgerichtet ist. Dahinter scheint die historische Erfahrung zu stehen, dass der Kapitalismus sich in Krisen zu erneuern in der Lage ist. Dies geschieht meist unter hohen Kosten und ist oft gewaltförmig von Kriegen überschattet. Das gilt für den Übergang vom Handels- zum Industriekapitalismus des 19. Jahrhunderts oder von diesem zur rationalisierten und standardisierten gesellschaftlichen Produktions- und Verteilungsweise nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die Transformationen des expansiven Kapitalismus gingen also immer mit einer Ausweitung und Vertiefung der Naturausbeutung einher. Sie waren von Erfahrungen materieller Besserstellung grosser Bevölkerungsteile begleitet. Historisch war das vor allem im Globalen Norden so, in den letzten Jahrzehnten aber auch in vielen Ländern des Globalen Südens.

Die permanente Revolutionierung der kapitalistischen Produktionsweise wird durch eine permanente Verschiebung der Grenzen ermöglicht. Die nächsten beiden grossen Grenzverschiebungen sind bereits sichtbar: eine neue Qualität der Ausplünderung der Ozeane, insbesondere der metallischen Rohstoffe auf den tiefen Meeresböden, und der Weltraum. Und: Auch «Innovation» und «technologischer Fortschritt», die beiden Zauberwörter der herrschenden Wirtschaftslehre und -politik, stehen für permanente Grenzverschiebungen.

Neue Grenzziehungen

Das Kapital als wirkmächtiges soziales Verhältnis sieht Grenzen also als etwas, was überwunden werden muss. Was in diesen himmelstürmenden Gewissheiten aber verloren geht: Die Reproduktionsfähigkeit der Natur wird immer prekärer. Und die menschliche Natur ist Teil der aussermenschlichen Natur und dabei selbst abhängig und verletzlich.

Doch der tief verankerte Anspruch des Kapitalismus, Grenzen zu überwinden, geht immer auch mit neuen Grenzziehungen einher. Diese möchte ich zuerst aufzeigen. Die zentralste Grenze für die heute notwendigen sozialökologischen Transformationsprozesse ist das exklusive Verfügungsrecht über Kapital. Die Entscheidung, welche Produkte wie produziert werden, wie menschliche Arbeitskraft, Maschinen und Elemente der Natur eingesetzt werden, wird nicht aus der Hand gegeben. Dem Kapital werden zwar durchaus Grenzen gesetzt, in vielen Ländern etwa, was die konkreten Formen der Ausbeutung der Arbeitskraft und der Naturzerstörung angeht. Doch insgesamt ist das Kapital auf strammem Expansionskurs und

setzt auch im Ukrainekrieg alles daran, dass das so bleibt.

Dazu kommt eine starke Aufwertung der sogenannten Rentenökonomie: Die enormen Finanz- und Immobilienvermögen und die damit verbundenen Interessen und Machtverhältnisse sind ein enormer Faktor in den anstehenden Transformationsprozessen. Diese «Re-Feudalisierung» drückt sich auch im städtischen Immobilien- und im Bodenbesitz aus. Wohnen und Miete beziehungsweise der Erwerb von Wohneigentum sind die grossen Umverteilungsmaschinen.

Aber es gibt eine Kompromissformel moderner Gesellschaften: Wirtschaftliche Expansion befriedigt nicht nur Kapitalinteressen, sondern schafft auch Verteilungsspielräume. Staaten und Beschäftigte sollen auch etwas davon haben. Findet Expansion und damit Kapitalverwertung nicht statt, haben wir im Kapitalismus vor allem eines: Krisen. Diese werden meist auf dem Rücken der Schwächeren bearbeitet und führen zu Kapitalkonzentration.

In der kapitalistischen Eigentumsordnung wird an Gütern und Dienstleistungen das produziert oder eben über Renten in Wert gesetzt, für das es eine kaufkräftige Nachfrage gibt. Das setzt Grenzen. Es kommt zu künstlicher Knappheit, zur Nichtbefriedigung von elementaren Grundbedürfnissen von Milliarden von Menschen, weil sie nicht das nötige Geld haben.

Aber auch nationalstaatliche Grenzziehungen wirken so, dass sich die Ökonomie ständig auf Kosten der Ökologie ausdehnt. Die Nationalstaaten konkurrieren um Investitionen, Ressourcen, Bildung von materiellem Wohlstand und damit einhergehender politischer und wirtschaftlicher Macht. Dies, aber auch die Externalisierung von negativen Faktoren des materiellen Wohlstands führt zu permanenter Expansion.

Das System von Angebot und Nachfrage sowie die Nationalstaaten ziehen Grenzen, produktiv und problematisch, mit denen die imperiale Lebensweise aufrechterhalten und noch intensiviert wird. Grenzen und Grenzziehungen sind also ambivalent.

Diese Grenzziehungen im Kapitalismus spiegeln sich institutionell beispielsweise in einer Entscheidung, die zwar international gefeiert wurde, aus meiner Sicht aber katastrophal ist. Das Pariser Abkommen stellte Ende 2015 bekanntlich das Prinzip der «gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung» auf die «national bestimmten Beiträge» zur Senkung der CO_2-Emissionen um. Die Message von Paris war, dass Länder beziehungsweise Regierungen nicht mehr tun müssen, was ökologisch geboten ist, sondern das, wozu sie in der Lage beziehungsweise willens sind.

Auch wenn sich nun die Regierungen, allen voran die EU-Kommission, darin übertreffen, im Lichte der zunehmenden Klimakrise immer ambitioniertere Reduktionsziele zu formulieren: Es könnte sich als der hilflose Versuch herausstellen, quantitative Grenzen zu vereinbaren, deren Nichteinhaltung nicht sanktioniert werden kann. Dabei werden qualitative Ziele und Verpflichtungen aufgeweicht.

Grüner Kapitalismus reicht nicht

Wir können aus den letzten Jahrzehnten lernen, dass der liberale Staat und auch das internationale politische Institutionensystem strukturell überfordert sind mit den Notwendigkeiten sozialökologischer Transformation.

Der Kapitalismus transformiert sich aktuell. Wir erleben eine hohe Dynamik hin zu seiner Ökologisierung. Dabei wissen wir noch nicht genau, inwieweit die Coronakrise und der damit einhergehende Digitalisierungsschub sowie der aktuelle Krieg diese Ökologisierung beeinflussen. Das betrifft zuvorderst die Länder im Globalen Norden, aber es hat auch Auswirkungen im Globalen Süden.

Diese Konstellation wird zunehmend mit dem Begriff des Grünen Extraktivismus gefasst. Seit Ende 2020 erhöhen sich die Preisindizes für Industriemetalle wie Kupfer, Nickel, Zinn, Kobalt und Lithium, für Edelmetalle wie Gold und Silber sowie für Agrar- und Energierohstoffe. Zwischen Mitte 2020 und Ende Februar 2022 hat sich der Preis für Lithiumkarbonat fast verzehnfacht. Zwischen 2020 und 2040 wird gemäss Prognosen der Internationalen Energieagentur (IEA) die Nachfrage nach Lithium um das 43-Fache, nach Kupfer um das 28-Fache und nach Kobalt um das 21-Fache ansteigen. Eine wahre Bonanza.

Und dennoch: Der Umstieg auf eine grundlegend andere, erneuerbare Energiebasis und die drastische Reduktion der Ressourcenextraktion im Rahmen einer Kreislaufwirtschaft werden nicht reichen. Es wird einige Wohlstandsinseln geben, aber auch sie könnten in den Strudel von Hochwassern, Dürre- und Hitzeperioden hineingezogen werden. Das berühmte Diktum der «schöpferischen Zerstörung» des Ökonomen Joseph Schumpeter gerät in ein anderes, dystopisches Licht.

Auch ein grüner Kapitalismus wird ein ressourcenintensiver und stark auf die fossilen Energien ausgerichteter Kapitalismus bleiben. Im Lichte dieser enorm selektiven und

ausserdem von manchen bekämpften Ökologisierung verlieren die kapitalistischen Gesellschaften ihre Transformationsfähigkeit. Transformation stösst an ihre erste Grenze. Die Aussichten, sich in der Krise zu erneuern, schwinden. Es kommt zu einem gefährlichen wirtschaftsliberalen *business as usual* oder zu zunehmend autoritären Politiken. Dabei wird die ökologische Krise kaum angemessen bearbeitet.

Kritischer Transformationsbegriff

Die kapitalistische Grenzenlosigkeit mit ihren paradoxen Grenzziehungen führt zu enormen ökologischen Problemen und Krisen. Wirtschaftlich und sozial hat sie grosse Ungleichheiten zur Folge. Seit fünfzig Jahren wird insbesondere in der Ökologiedebatte von Grenzen gesprochen, seit gut zehn Jahren aktualisiert durch das Konzept der planetaren Grenzen.

In dieser Debatte besteht eine grosse Spannung: Auf der einen Seite sind die sehr weitreichenden Diagnosen der ökologischen Krise und der enorme Veränderungsbedarf. Auf der anderen Seite bleiben die Vorstellungen über die notwendigen Transformationen punktuell und gehen weiterhin vom kapitalistischen Staat als Regelsetzer sowie von kapitalistischen Unternehmen und Märkten aus. Es fehlt ein genaueres Verständnis, was transformiert werden soll und wie sich damit die gesellschaftlichen Verhältnisse verändern. Die Reflexion über das Handeln, die Akteur*innen und die Strategien ist entsprechend unbefriedigend. Das führt oft zur hilflosen Fokussierung von Endkonsum und Konsument*innen. Die schwierigen und unschönen Fragen nach den kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen werden nicht mehr gestellt. Auch der Staat wird in seiner Verwicklung mit den aktuellen nichtnachhaltigen Verhältnissen kaum reflektiert. Die internationale Dimension spielt eine erschreckend untergeordnete Rolle. Schliesslich wird in der Transformationsdebatte das neuzeitliche Verständnis von «Natur» nicht hinterfragt, sie bleibt auszubeutende und zu beherrschende Ressource.

Daher möchte ich dem aktuell dominanten Transformationsbegriff einen kritischen und emanzipatorischen zur Seite zu stellen. Kritisch ist er, wenn er genauer und theoretisch angeleitet nach den Ursachen struktureller Grenzüberschreitungen in der Nutzung der biophysischen Lebensgrundlagen fragt. Das heisst:

Auch ein grüner Kapitalismus wird ein ressourcen-intensiver Kapitalismus bleiben.

Bei der Transformation muss die Frage nach der kapitalistischen Herrschaftskonstellation gestellt werden. Das Emanzipatorische steht für einen normativen, regelbasierten Horizont. Es bezieht sich auf politisch-strategische Ansätze, die eben nicht nur die gesellschaftliche Energie- und Ressourcenbasis problematisieren, sondern auch die damit verbundenen sozialen Formen – im «fossilen Kapitalismus», aber eben auch im «Grünen Kapitalismus».

Die Begriffe «sozialökologische Transformation» oder «Grosse Transformation» scheinen verbraucht. Sie sind zu sehr mit der Botschaft verbunden, dass der Kapitalismus ökologisiert werden kann. Dem Konzept der Transformation die Adjektive «kritisch» und «emanzipatorisch» hinzuzufügen, bleibt aber auch Ausdruck von Hilflosigkeit. Andere Begriffe müssen erst entwickelt werden. Ich möchte daher ausloten, ob die Begrifflichkeit der Grenzen dazu taugt.

Planetarische und gesellschaftliche Grenzen

Die Einhaltung der planetaren Grenzen wird nicht durch einen Austausch der Energieträger erreicht. Sie bedingt einen grundlegenden Umbau der Produktions- und Lebensweise. Sie muss auf ihre Art produktiv und attraktiv sein, aber nicht zerstörerisch. Es bedarf des Rückbaus bestimmter Industrien und entsprechender Konsumnormen, was sozial- und arbeitsmarktpolitisch nicht einfach ist. Und auch der Energie- und insbesondere der Stromverbrauch muss gesenkt werden, wenn wir nicht dem falschen Versprechen auf den Leim gehen wollen, dass die erneuerbaren Energien die fossilen Energieträger ersetzen werden und damit die ökologische Krise gelöst sein wird. Angesichts des weiterhin stark zunehmenden Energieverbrauchs wirken erneuerbare Energien bislang eher komplementär.

Es bedarf tiefgreifender Änderungen in der kapitalistischen Warenproduktion und in der eingangs erwähnten Rentenökonomie. Es geht um wirtschaftliche und politische Macht. Wir müssen berücksichtigen, dass die kapitalistische beziehungsweise imperiale Produktions- und Lebensweise breit akzeptiert ist. Wir erleben zwar viele Kämpfe weltweiter sozialer Bewegungen gegen das Kapital. So wichtig diese sind, sie reichen kaum aus, um dieser Produktions- und Lebensweise Grenzen zu setzen. Präziser: Eine derart produktive, für viele attraktive, aber eben auch enorm zerstörerische Produktions- und Lebensweise muss sich selbst Grenzen setzen. Damit bin ich bei einer weiteren Verwendung des Begriffs «Grenzen der Transformation». Sie bezieht sich weder auf die realkapitalistischen Expansions- und Transformationsdynamiken noch auf die Grenzen der Transformationsdebatte. Es geht um die gesellschaftspolitisch zu setzenden Grenzen. Das ist ein zentraler Bestandteil ernstzunehmender sozialökologischer Transformationsprozesse. Und gleichzeitig ist es ihr Ergebnis. Diese Perspektive ist von der Skepsis geprägt, dass über Innovation, technologischen Fortschritt und Entkopplung die enormen ökologischen und sozialen Probleme und Krisen bearbeitet werden könnten. Auf diese Grenzen möchte ich zum Schluss eingehen.

Das Terrain der Debatten um gesellschaftliche Grenzen gibt das Konzept der planetaren Grenzen vor. Die planetaren Grenzen erweitern die Diskussion um die ökologische Krise und ihre Bearbeitung deutlich, das Konzept geht über die immer stärkere Fokussierung auf den Klimawandel und die Klimakrise hinaus. Dazu kommt: Gesellschaftliches Wohlergehen baut auf stabile ökologische Bedingungen auf; sehr viel könnte sich negativ verändern, wenn der Klimawandel fortschreitet, die biologische Vielfalt weiterhin stark abnimmt, Böden und Ozeane versauern.

Wichtig ist dabei: Wir benötigen mehr Wissen über die gesellschaftlichen Ursachen und sozial ungleichen Wirkungen des drohenden oder sich bereits vollziehenden Überschreitens der planetaren Grenzen. Prinzipien und Konturen einer Gesellschaft, deren materielle Reproduktion sich innerhalb der planetaren Grenzen bewegt und die sozial gerecht ist, sind aber deutlich – trotz aller Unsicherheiten und Offenheiten.

Kollektive Selbstbegrenzung

Wie wird ein Transformationsprozess eingeleitet, und wie kann er auf Dauer eingerichtet werden? Wie kommen wir weg von der immer stärkeren Zerstörungsdynamik hin zu einer nicht zerstörerischen und für alle Menschen lebenswerten Produktions- und Lebensweise?

Ein Autor*innenteam von 28 Personen, zu dem ich gehöre, veröffentlichte im Sommer 2021 einen Artikel in der Zeitschrift *Sustainability. Science, Practice and Policy*. Darin stellen wir den Ansatz der planetaren Grenzen sowie die Gründe für die kapitalistische Expansionsdynamik vor. Für einen Dialog mit den Naturwissenschaften scheint uns entscheidend: Das Problem liegt nicht im fehlenden politischen Willen, in unzureichenden politischen Zielen

und Instrumenten, im mangelnden Bewusstsein und fehlender Aufklärung oder in inadäquaten Technologien. Es sind gesellschaftliche Strukturmuster, die es in ihrer Komplexität zu verstehen und anzugehen gilt.

Dabei entwickeln wir einen breiten Kapitalismusbegriff, der neben der formellen Ökonomie im engeren Sinne auch andere, nicht geldvermittelte Formen materieller Reproduktion umfasst. Er nimmt auch den Staat, gesellschaftliche Normen und Werte, die ungleiche globale Ordnung, das westlich dominierte Wissenssystem sowie den gesellschaftlichen Stoffwechsel – die Gewinnung und Umwandlung von Rohstoffen aus der Natur und Rückgabe als Emissionen und Abfälle – in den Blick.

Wieso sind Grenzen notwendig? Die liberal-kapitalistische oder in vielen Ländern gar nicht so liberale Verfasstheit der Welt führt nicht nur zu sozialer Spaltung, Armut und Ausbeutung andernorts. Sie treibt den ökologischen Ruin des Planeten zügig voran. Konkurrenz(fähigkeit) um jeden Preis ist nicht länger möglich. Wir werden um verstärkte Planungselemente, aber auch um national und insbesondere international ausgehandelte Obergrenzen für Produktion und Konsum nicht herumkommen. Aushandlungsprozesse zur Einhaltung sozialer und ökologischer Grenzen werden mit der Verfügungsmacht des Kapitals über Investitionen und den Produktionsapparat kollidieren. Diese Prozesse werden nur dann erfolgreich sein, wenn progressive Kräfte in der Lage sind, sich gegen Widerstände des Kapitals durchzusetzen.

Daher entwickeln wir Vorschläge für eine Politik der Selbstbegrenzung. Es müssen gesellschaftliche Bedingungen geschaffen werden für ein auskömmliches Leben für alle, ohne die biophysischen Lebensgrundlagen zu zerstören.

Wie kollektive Selbstbegrenzung aussieht, kann durch selbstbestimmte und demokratische Prozesse bestimmt werden. Erfahrungen in Klimaräten, in denen Bürger*innen und Expert*innen in einen strukturierten Austausch kommen, zeigen, dass dabei ein Bewusstsein und sehr konkrete Vorschläge für Grenzziehungen entstehen. Etwa kann entschieden werden, die fossilen Energieträger im Boden zu lassen oder Mobilitätssysteme und Stadtentwicklungen nur noch umfassend nachhaltig zu planen. Grenzziehungen erfolgen über eine andere Gestaltung der Versorgungssysteme. Im Globalen Süden gibt es vielfältige Formen und Prinzipien der kollektiven Selbstbegrenzung. Das bedeutet auch: Freiheit beginnt nicht individualistisch dort, wo sie für andere endet, sondern sie liegt in der Selbstbegrenzung, die Freiheit und ein auskömmliches Leben für alle ermöglicht. Das geht nicht in der materiellen Versorgung auf, sondern schliesst spirituelle und affektive Dimensionen ein.

Der Prozess bedarf einer gesellschaftlichen Reflexion und der Emanzipation von vielfältigen Herrschaftsmechanismen. Es braucht demokratisch festgelegte Regeln, umfassende, nicht unbedingt zentralistische Planungsprozesse sowie Durchsetzungsinstanzen der Regeln. Es geht um die Freiheit aller ohne die Untergrabung der biophysischen Lebensgrundlagen von Gesellschaften. Das ist kein einfacher Weg. Er wird mit massiven Konflikten und intensiven Lernprozessen einhergehen. Gerade deshalb muss er demokratisch sein und die Vielen mitnehmen.

Wir brauchen einen normativen Bezugspunkt, der nicht die Einhaltung der planetaren Grenzen oder die Produktion und den Konsum ins Zentrum stellt, sondern die Befriedigung von Bedürfnissen. Das kann markt- und geldvermittelt erfolgen, aber auch über öffentliche Daseinsvorsorge oder Suffizienzökonomien. Steuerungsmechanismen bei der Nutzung der aussermenschlichen Natur werden eine wichtige Rolle spielen. Es geht auch um die konfliktive Vereinbarung von Obergrenzen für Produktion und Konsum. Investitionsentscheidungen und damit Eigentumsrechte an Produktionsmitteln müssen starken Regeln unterworfen oder vergesellschaftet werden.

Befreiung von Zumutungen

In dieser Perspektive spielt auch die Dekolonisierung des Denkens eine wichtige Rolle. Das gesellschaftlich tief verankerte Denken von permanentem Wachstum und Grenzüberschreitung wird zurückgewiesen. Ein universalistisches Denken in Grenzen wird kritisiert. Das postulierte 1,5-Grad-Ziel etwa läuft Gefahr, Denken und Politik an vermeintlich objektiv feststellbaren Grenzen zu orientieren. Wahrscheinlich müsste man auch die Ziele der Agenda 2030 dazuzählen. Ihre Erreichung, die Berechenbarkeit der Welt, der Einsatz von Technologie, das Ergrünen einer weiterhin expansiven Wirtschaft werden von den mächtigen westlichen Gesellschaften und den dort dominierenden wirtschaftlichen und politischen Akteuren vorgegeben: Ein zukunftsfähiger Universalismus muss aber anders gedacht werden.

Eine Gesellschaft, die die ökologischen und damit auch sozialen Grenzen ihrer Produktions- und Lebensweise anerkennt, nimmt die subjektive und lebensweltliche Dimension

ernst und verändert sie. Ein menschenwürdiges Leben bedarf der Sinnerfüllung und nicht der Entfremdung – von sich selbst, der Arbeit, der Gesellschaft und der Natur.

Das geht mit einem anderen Aspekt einher: Emanzipation bedeutet die Infragestellung, Zurückdrängung und Befreiung von Herrschaft, vom kapitalistischen, patriarchalen, imperialen Regieren und Sichregierenlassen. Befreiung von kapitalistischen Zumutungen stellen einen Individualismus und eine vermeintliche Autonomie in Frage, die von den gegenseitigen Abhängigkeiten und der eigenen Verletzlichkeit absehen und so tun, als könnte alles per Geldbeutel oder im Notfall vom Staat geregelt werden.

Die gesellschaftspolitisch zu setzenden Grenzen können nicht quantitativ festgelegt werden. Es geht um die Annäherung an die regulative Idee, immer weniger auf Kosten anderer und auf Kosten der Natur leben zu müssen. Das ist mehr als die Einhaltung biophysischer Grenzen. Es ist die Schaffung gleicher Bedingungen für alle, ein auskömmliches und sinnerfülltes Leben auch wirklich leben zu können. In den Gesellschaften des Globalen Nordens und teilweise auch in jenen des Globalen Südens bedeutet das eine drastische Reduktion von Input und Verbrauch von Rohstoffen und Energie durch die Wirtschaft.

Der Einstieg in den grundlegenden Umstieg wird vielfältige sozialökologische Konflikte mit sich bringen. In der Auseinandersetzung um soziale und materielle Infrastrukturen oder in lokalen Widerständen gegen Bergbauprojekte geht es immer auch um Herrschaftskritik. Selbstverständlichkeiten werden angegriffen, Räume für Alternativen geschaffen und die oben problematisierten und vorgeschlagenen Grenzen angegangen. Deshalb bezieht sich dieser von mir skizzierte Ansatz der gesellschaftlichen Grenzen stark auf emanzipatorische soziale Bewegungen, ohne aber die Rolle des Staates, von Nischen oder anderen Wirtschaftsformen ausser Acht zu lassen.

Aus diesen Konflikten und Bewegungen können, trotz der enormen Unsicherheit der anstehenden Umbauprozesse, dauerhafte Veränderungen möglich werden. Wir benötigen dafür interdisziplinäre wissenschaftliche und gesellschaftspolitische Dialoge. So können Politiken jenseits einer ökologischen Modernisierung des strukturell expansiven Kapitalismus und der imperialen Lebensweise entstehen. ●

○ Ulrich Brand, *1967, lehrt und forscht an der Universität Wien zur Krise der liberalen Globalisierung, ökologischer Krise, imperialer Lebensweise, Lateinamerika und sozialökologischen Transformationen. Mit Markus Wissen veröffentlichte er 2017 das Buch *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. Aktuell arbeitet er mit Markus Wissen an einem Buch zu den aktuellen Transformationen des Kapitalismus und möglichen emanzipatorischen Alternativen.

Der Text basiert auf einem Vortrag, den der Autor 2022 auf der Jahrestagung der Deutschen Forschungsgemeinschaft, *Zukünfte der Nachhaltigkeit*, an der Universität Hamburg gehalten hat. Der Titel der Tagung lautete *Planet und Gesellschaft. Die Grenzen nachhaltiger Zukünfte*.